

Landesverband Rheinland-Pfalz

Wirtschaftsrat nimmt Landesregierung in die Pflicht

Mit einem deutlichen Aufruf an die politischen Entscheidungsträger in Mainz, sich zum Innovationsstandort Rheinland-Pfalz zu bekennen, setzt die Landesfachkommission Gesundheitswirtschaft



Landes- und Kommissionsvorsitzender Frank Gotthardt

unter Leitung des Landesvorsitzenden Frank Gotthardt klare Signale. Die Kommission hat der Landesregierung ein Positionspapier vorgelegt. Gotthardt: „Ich fordere von der Politik mehr Entschlossenheit bei der Förderung der Innovationsfähigkeit. Nur so lässt sich die wirtschaftliche Entwicklung im Land dauerhaft positiv gestalten.“

1. Innovationslabor für Rheinland-Pfalz

Unser Land hat das Potenzial, zentraler Standort für Startups zu werden. Mit Ex-

zellenz-Universitäten mit Schwerpunkten in den Bereichen IT und Gesundheitswirtschaft, innovationstreibenden Unternehmen in der eHealth-Branche sowie Instituten und Technologiezentren, die Grundlagenforschung zum Thema Innovationen im Gesundheitswesen betreiben – sind die Grundlagen für den „Startup-Hub Rheinland-Pfalz“ gegeben. Weitere Anstrengungen sind nötig, um sich auch im länderübergreifenden Wettbewerb um hochqualifizierte Arbeitsplätze und wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen behaupten zu können. Hierzu bedarf es einer zentralen Schnittstelle in Form eines **Innovationslabors**, in dem marktfähige Innovationen interdisziplinär, frei und stets mit dem Blick auf den Markt entwickelt werden können. Wir fordern die Landesregierung auf, für Klarheit in der Kompetenzverteilung zwischen Wirtschafts-, Arbeits- und Bildungsministerium zu sorgen, und zu prüfen, wie ein solches Innovationslabor zügig ins Leben gerufen und mittelfristig finanziert werden kann.

2. Attraktive Region für Investoren

Ohne hinreichende Kapitalversorgung ist jedes Startup – und sei die Geschäftsidee noch so innovativ – zum Scheitern verurteilt. Hier bedarf es gleichermaßen risikobereiter Investoren wie hinreichender staatlicher Fördermittel. Damit Rheinland-Pfalz zu einem zentralen Standort für innovationstreibende Unternehmen werden kann, muss es auch ein für Investoren attraktives Umfeld

bieten. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Venture-Capital Unternehmen müssen verbessert und Investoren gezielt angeworben werden. Wir fordern die Landesregierung auf, Konzepte dafür zu entwickeln und zügig umzusetzen.

3. Entbürokratisierung der Normenlandschaft in der Europäischen Union

Die komplexen Strukturen der vielen verschiedenen Normen in der EU und zusätzlich notwendige länderspezifische Versionen von Produkten und Anwendungen machen den grenzüberschreitenden Handel und Vertrieb für E-Health Unternehmen unnötig schwer. Hinzu kommt, dass zunehmend Mehrkomponentenlösungen auf den Markt treten. Die Möglichkeit zur Kombination verschiedener Produkte und Anwendungen, die unterschiedlichen Normen zu entsprechen haben, muss strukturell vereinfacht und Hindernisse konsequent abgebaut werden.

Damit die Gesundheitswirtschaft stärker als bisher von den Vorteilen des freien Markts profitieren kann, müssen Vergleichswerte geschaffen werden. Dies kann etwa in Form eines europaweiten Qualifikationsrahmens für Normen im Gesundheitswesen umgesetzt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten und vor dem Hintergrund der zahlreichen hochqualifizierten Arbeitsplätze in diesem Bereich in Rheinland-Pfalz dafür auf Bundes- und Europaebene einzusetzen.

Landesverband Niedersachsen

Nachfolge in Familienunternehmen – Erfolge, Konflikte, Emotionen

Auf Einladung des Jungen Wirtschaftsrates kamen in dem eigens zur Vortrags- und Begegnungsfläche hergerichteten Kundenzentrum des Bankhauses Hallbaum in Hannover mehr als 80 Personen zur prominent besetzten Podiumsdiskussion „Nachfolge in Familienunternehmen – Erfolge, Konflikte, Emotio-



v.l.n.r. Uwe Bethge, Bethge Immobilienanwälte; Tobias Barthel, Landesvorsitzender Junger Wirtschaftsrat; Nicolas Hoppe, Bankhaus Hallbaum; Jeanne Wollny, Wollny Personal GmbH; Edelgard Wollny, Wollny Personal GmbH; Martin Kind, Kind Hörgeräte GmbH; Hilmar Voigt, LIMA 10

nen“ zusammen. Damit hat der Junge Wirtschaftsrat eine sensible unternehmerische Herausforderung themati-

siert. Moderiert vom **Hannoveraner Immobilienanwalt Uwe Bethge** diskutierten über alle Facetten der Nachfolge in

Familienunternehmen Martin Kind, Geschäftsführer der KIND Hörgeräte GmbH und Co. KG, Edelgard und Jeanne Wollny, Geschäftsführerin sowie Projektsassistentin der Wollny Personal GmbH,

gleichermaßen Großmutter und Enkelin, sowie Rechtsanwalt und Mediator Hilmar Voigt der LIMA 10. Fragen aus dem Publikum an das Podium sowie ein stilvolles Get-Together rundeten den

Abend ab, der allen mit auf den Weg gab, die Herausforderungen der Unternehmensnachfolge rechtzeitig und beherrscht anzugehen, um sie erfolgreich zu meistern.

Landesverband Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalts Innovationsstrategie stellt die Gesundheitswirtschaft in den Mittelpunkt

„Bereits heute sind 17,3 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in unserem Land in der Gesundheitswirtschaft zu finden – Tendenz steigend“, sagte Jens Hennicke, Vorsitzender der Landesfachkommission Gesundheitswirtschaft. Er betonte auf der Fachtagung des Wirtschaftsrates, dass die Branche mit Blick auf den demografischen Wandel boomen werde. „Die guten Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt sollten wir nutzen, um im Gesundheitssektor eine Vorreiterrolle anzu-



Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Hartmut Möllring vor dem Wirtschaftsrat

streben. Einzelne Akteure werden hier nicht zum Erfolg kommen. Wir brauchen die Vernetzung und Koordination dieses Bereiches, damit Sachsen-Anhalt wettbewerbsfähig bleiben kann.“

„Wir haben in Sachsen-Anhalt in vielen Bereichen der Gesundheitswirtschaft gute Chancen am langfristigen Wachstum dieser Querschnittsbranche teilzu-

haben. Voraussetzung dafür ist vor allem die intensive Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure“, sagte auch Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Hartmut Möllring. Forschungseinrichtungen, Hersteller von Medizinprodukten, Krankenhäuser, Reha-Einrichtungen, Dienstleister und andere müssten sich stärker vernetzen. Dies sei eine der Kernaussagen der neuen Regionalen Innovationsstrategie des Bundeslandes, da hier der Bereich ‚Gesundheit und Medizin‘ als einer von insgesamt fünf Wachstumsmärkten der Zukunft identifiziert wurde. Ziel der Landesregierung sei es, die Potenziale von Wirtschaft und Wissenschaft für dieses Wachstumsfeld in der neuen EU-Strukturfondsperiode von 2014 bis 2020 gezielt zu stärken.

Landesverband Thüringen

THÜRINGEN AKTUELL – Exklusiver Dialog zwischen Ministern und Unternehmern

Sowohl Informationen „aus erster Hand“ gegenseitig vermitteln als auch Klartext untereinander reden, das führt auf Einladung der Südthüringer Sektion im Wirtschaftsrat alljährlich Entscheider des Landeskabinetts mit politikinteressierten Unternehmern zusammen. 2014 standen die Themen Energie- und Land-

wirtschaft insbesondere in Südthüringen auf der Agenda. Eng verknüpft sind die Themen Landwirtschaft, erneuerbare Energien und Umwelt mit dem Finanzressort. Deshalb traten gleich zwei Vertreter des Landtags, Umweltminister Jürgen Reinholz und Finanzminister Wolfgang Voß, in den Dialog mit den Unternehmern ein.

Minister Reinholz machte klare Aussagen: Thüringen gestalte mit einem Anteil erneuerbarer Energien von über 18 Prozent den Klimaschutz aktiv mit und setze

auf Klimaanpassung. Ebenso klar wie er sich gegen Windkraftträder im Wald aussprach, bekräftigte er die Fortführung des Thüringer Bioenergieprogrammes entgegen der EEG-Novelle.

Podiumsvertreter der Agrarbetriebe, Hans-Jürgen Scheler, Vorstandsvorsitzender Agrar-Genossenschaft Schalkau eG, bedauerte in der Diskussion den Verlust der Planungssicherheit für Investitionen in die Bioenergieerzeugung. Prinzipiell zeigte man sich zufrieden mit der Landwirtschaftspolitik, allerdings stelle sich die Frage der besonders Südthüringen betreffenden Rechtmäßigkeit der Größendegression in der ab 2015 novellierten Ausgleichszulage für Thüringens Agrarbetriebe in benachteiligten Gebieten. Als wesentliche Appelle an die Landespolitik richteten die Unternehmer die Wiederherstellung der Planungssicherheit für Bioenergieinvestitionen und den Wegfall der Größendegression der Strukturhilfe.



v.l.n.r. Andreas Elm von Liebschwitz, Landesgeschäftsführer Wirtschaftsrat Thüringen; Hans-Jürgen Scheler, Vorstandsvorsitzender Agrar-Genossenschaft Schalkau eG; Jürgen Reinholz, Umweltminister des Freistaates Thüringen; Dr. Wolfgang Müller, Sprecher Sektion Südthüringen; Dr. Wolfgang Voss, Finanzminister des Freistaates Thüringen